



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Pressegespräch „Energiewende – Perspektiven für die Windbranche“

Frankfurt, 14. Juni 2011

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die IG Metall steht für eine Energiewende.

Weg von der Atomenergie – hin zu erneuerbaren Energien.

Wir begrüßen den von der Bundesregierung angestrebten Atomausstieg, stellen aber zugleich fest: Ein schnellstmöglicher Ausstieg ist das nicht.

Die Bundesregierung hat es mit dem Gesetzespaket zur Energiewende lediglich zu einem „zurück auf Start“ geschafft, zurück zum rot-grünen Atomkonsens. Selbst die Ethikkommission hat mehr für möglich gehalten.

Der Umbau der Energieerzeugung – weg von Atom und fossilen Brennstoffen, hin zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien - gehört zu den großen Veränderungsprojekten für eine nachhaltige industrielle Entwicklung. Diese können und wollen wir mitgestalten.

Für die Metall- und Elektroindustrie und die neuen Branchen der Wind- und Solarenergie entstehen daraus große Chancen in wichtigen Leitmärkten der Zukunft und qualifizierte Beschäftigung.

Die Energiewende gehört zusammen mit der Elektromobilität zu den nachhaltigen Innovations- und Investitionsprojekten der industriellen Moderne.

Beide Vorhaben eröffnen Potentiale für Wertschöpfung und Beschäftigung.

Sicherlich müssen diese verschiedenen Branchen mit ihren spezifischen Chancen und Risiken – von den energieintensiven Industrien bis zu den Erneuerbaren Energien – beachtet werden.

Die Branchen der Metall, Elektro- und Stahlindustrie können alle relevanten Technologien für eine Energiewende liefern, im Energieanlagenbau ebenso wie in der Elektronik, der E-Mobilität oder bei neuen hocheffizienten Werkstoffen, die aus der Stahl- und Aluminiumindustrie kommen.

Die Beschäftigten bieten das nötige Know-how, um die Energiewende zu meistern.

Erneuerbare Energien müssen rascher und konsequenter ausgebaut werden

Die Politik muss heute den richtigen Rahmen schaffen, damit morgen die Energiewende zum nachhaltigen Innovationsprojekt der industriellen Moderne wird. Benötigt werden Investitionen in Energieeffizienz bei Produktionsprozessen wie bei Produkten, in erneuerbare Energien, in leistungsfähige Netze. So wird der ökologisch nachhaltiger Umbau unserer Industrien zum Gewinnerprojekt.

Jedoch: Der energiepolitische Anspruch der Bundesregierung und die beschlossenen Maßnahmen klaffen noch weit auseinander.

Deshalb fordert die IG Metall von der Politik, den Weg zu einer überwiegend aus Erneuerbaren Energien bestehenden Energieversorgung noch konsequenter weiter zu entwickeln.

Das heißt für uns konkret:

Die im Entwurf zum Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) vorgesehene Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent bis 2020 ist bereits Ziel des Energiekonzepts aus 2010 gewesen.

Alte Ziele des Ausbaus werden einer schnellen Energiewende nicht gerecht.

Der Ausbau der Off-Shore-Windenergie ist eine technologische und beschäftigungspolitische Chance, insbesondere für die Küstenregion.

Sie können ein Eckpfeiler für eine künftige erneuerbare Grundlastversorgung sein.

On-Shore-Windenergie hat den Weg bereitet, sich als Beschäftigungsmotor erwiesen und bietet noch viel Potenzial. Ausgerechnet diese Erzeugungsart soll in ihrer Entwicklung gebremst werden. Die Politik muss bei den Maßnahmen des Repowering nachbessern und den Degressionssatz bei der Vergütung nicht verschlechtern.

Den Ausbau beider Energieerzeugungsarten zu forcieren, sichert Beschäftigung bei den Anlagenbauern und Zulieferern und schafft einen verlässlichen Rahmen für den Beschäftigungsaufbau.

Als eine Brücke ins erneuerbare Zeitalter dienen effiziente Gas- und Kohlekraftwerke. Durch den im EEG vorgesehenen zögerlichen Ausbau der erneuerbaren Energien wird diese Brücke länger als nötig. Klimaschutzziele werden gefährdet und Innovations- sowie Beschäftigungspotenzial verschenkt.

Wir brauchen ein intelligentes Konzept für eine Energiepolitik, das zentrale und dezentrale Energieversorgung aus Wind- und Photovoltaik-Strom kombiniert. Damit wird der notwendige Netzausbau auf ein Minimum beschränkt, Versorgungssicherheit und akzeptable Energiekosten ermöglicht.

Energiekosten gerecht verteilen – Strompreismonitoring einrichten

Der industrielle Kern Deutschlands verbraucht fast 50 Prozent des erzeugten Stroms. Die industrielle Wertschöpfung darf durch den Energieumstieg nicht geschwächt werden. Die energieintensiven Unternehmen im Stahl-, Aluminium-, Glas- und Chemiebereich sind unverzichtbar für die industrielle Wertschöpfungskette der deutschen Wirtschaft. Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, die besonderen Ausgleichsregelungen für diese Industrien zu erhalten.

Der Energieumstieg wird nur dann gelingen, wenn die Kosten vernünftig zwischen Stromkonzernen, Verbrauchern und dem Staat verteilt werden.

Ausnahmeregelungen müssen begründet sein und sich auf die energieintensiven Unternehmen begrenzen. Eine generelle Deckelung der EEG-Umlagekosten für die Industrie, wie sie inzwischen von einigen Wirtschaftsverbänden gefordert wird, halten wir nicht für sinnvoll. Sie würden zu einer einseitigen Kostenbelastung für Handwerk, Handel und die privaten Haushalte führen.

Wir brauchen handhabbare und faire Kompensationsinstrumentarien.

Deshalb schlägt die IG Metall vor, ein Strompreismonitoring einzuführen.

Unter Beteiligung von Verbänden, Gewerkschaften und der Bundesregierung müssen die Belastungen und die Verteilung der Energiekosten regelmäßig überprüft werden. Damit wäre gewährleistet, dass alle relevanten Akteure an einen Tisch

kommen, Vorschläge einbringen und seitens der Bundesregierung sinnvoll nachjustiert werden kann.

Wir brauchen wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrien, ebenso für das Handwerk, den Handel und die Verbraucher.

Potential Energieeffizienz nutzen

Die Verbesserung der Energieeffizienz bei Produktionsprozessen und Produkten ist ein wesentlicher Bestandteil des Umbaus der Energieversorgung und senkt die Energiekosten. Das Energiekonzept der Bundesregierung sieht vor, den Stromverbrauch bis zum Jahr 2020 um zehn Prozent zu senken. Dieses Ziel ist aus unserer Sicht nur erreichbar, wenn Maßnahmen zur Energieeffizienz noch stärker gefördert werden.

Wir brauchen Energieeffizienzkriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Ebenso sind Verbrauchskennzeichnungen von Produkten und sogenannte Top-Runner-Programme notwendig.

Trotz ambitionierter Zielzahlen hat die Bundesregierung bisher zu wenig für die Erreichung des Zieles getan. Wichtig ist dazu, die KfW-Fördermittel anzuheben und die energetische Sanierungsrate zu steigern.

Jobmotor Erneuerbare Energien

Aus dem einstigen Nischenmarkt Erneuerbare Energien ist längst ein Jobmotor für die gesamte Volkswirtschaft geworden. Etwa 100 000 Menschen arbeiten in Deutschland bereits in der Windbranche, davon über 90 Prozent im On-Shore-Bereich.

Die Unternehmen erwirtschafteten mit Umwelttechniken im Jahr 2007 rund acht Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Bis 2020 wird sich der Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf 14 Prozent erhöhen. Die deutschen Unternehmen des Windenergieanlagenbaus verkaufen über 80 Prozent ihrer Produkte in das europäische und ferne Ausland.

Viele traditionelle Unternehmen wie Gießereien, Werften, Getriebe- und Generatoren-Hersteller sind wesentlicher Teil der Wertschöpfungskette Windenergie.

Die Branche bringt technologisches Know-how mit.

Da muss sie keinen Wettbewerb scheuen.

Aber ganz anders sieht es bei den Arbeitsbedingungen in der Windenergiebranche aus.

Arbeit sicher und fair – keine Selbstverständlichkeit:

Tarifverträge zu Entgelt- und Leistungsbedingungen und Mitbestimmung sind in anderen Branchen eine Selbstverständlichkeit, in der Wind- und Solarindustrie noch Mangelware.

Es gibt viel Licht bei Technologie und Innovation, aber viel Schatten bei Arbeits- und Entgeltbedingungen.

Die Bezahlung liegt vielfach unter dem Niveau der Metall- und Elektroindustrie. Zudem werden vergleichbare Tätigkeiten oft unterschiedlich bezahlt.

Es gibt einen hohen Anteil an befristeten Stellen und Leiharbeitern.

Ungeachtet des drohenden Fachkräftemangels bildet die Windindustrie noch zu wenig junge Menschen aus.

Viele Beschäftigte sind einer hohen Belastung mit vielen Überstunden und hoher Arbeitsintensität ausgesetzt.

Bei betrieblicher Altersvorsorge herrscht häufig Fehlanzeige.

Vorbeugender Gesundheitsschutz ist noch längst nicht in allen Unternehmen etabliert.

Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Eine Branche, die hohe öffentliche Förderung erfährt, muss auch ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung gerecht werden.

Denn nur gute Jobs sind grüne Jobs.

Erste Erfolge zeigen sich.

Vor kurzem hat die IG Metall einen Tarifvertrag bei Bosch Solarenergy (Erfurt) geschlossen, der den Beschäftigten deutlich höhere Entgelte sichert.

Haustarifverträge gelten bereits bei Weserwind oder Siemens Windpower.

Immer mehr Beschäftigte organisieren sich in der IG Metall. Flächendeckend setzen sich Betriebsräte für die Interessen der Beschäftigten, für faire Arbeits- und Entgeltbedingungen ein.

Wir wissen: Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen sind wichtiger Teil des Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft.

Das wollen wir auch für die Windkraft- und Solarindustrie erreichen.

Die Werkstofflieferanten der Stahlindustrie und die Maschinenbaubetriebe der Zuliefererindustrie machen einen großen Teil der Windbranche aus.

Sie sind erfolgreich mit den Standards der Metall- und Elektroindustrie und den Tarifverträgen der IG Metall.

Gute Geschäfte und engagierte Beschäftigte sind ihre Eckpfeiler.

Dieses Erfolgsmodell sollte euch bei den Herstellern der Windkraftanlagen praktiziert werden.

Die Arbeitgeber der Branche müssen sich dieser Verantwortung stellen.

Die Branche will sich morgen, anlässlich des Global Wind Day, von ihrer besten Seite zeigen. Die beste Lobbyarbeit macht sie dann, wenn sie Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen auf ihre Tagesordnung setzt.